

**Prüfungsordnung zum Legum Magister der Juristenfakultät der
Universität Leipzig¹**

- Aufbaustudiengang für Studierende mit ausländischem
Abschluß -

vom 23.03.1998

Aufgrund von § 27 Abs. 5 des Gesetzes über die Hochschulen im Freistaat Sachsen (Sächsisches Hochschulgesetz, SHG) vom 4. August 1993 (Sächs. GVBl. S. 691) erläßt die Universität Leipzig für den Aufbaustudiengang Legum Magister der Juristenfakultät folgende Prüfungsordnung:

Inhaltsübersicht

- § 1 Zweck der Prüfung
- § 2 Magistergrad
- § 3 Zugangsvoraussetzungen
- § 4 Ordnungsgemäßes Studium, Dauer des Studiums, Regelstudienzeit
- § 5 Studienfächer
- § 6 Leistungsnachweise
- § 7 Prüfungsleistungen der Magisterprüfung
- § 8 Prüfungsausschuß
- § 9 Zulassung zur Prüfung
- § 10 Anrechnung von Studienzeiten, Studienleistungen und Prüfungsleistungen
- § 11 Erlöschen des Prüfungsanspruchs
- § 12 Magisterarbeit
- § 13 Bewertung der Magisterarbeit
- § 14 Mündliche Prüfung
- § 15 Bewertung der mündlichen Prüfung
- § 16 Bildung der Gesamtnote
- § 17 Versäumnis, Rücktritt, Täuschung bei Prüfungsleistungen
- § 18 Zeugnis
- § 19 Magisterurkunde
- § 20 Wiederholung der Magisterprüfung

¹In dieser Ordnung gelten grammatisch maskuline Personenbezeichnungen gleichermaßen für Personen weiblichen und männlichen Geschlechts. Frauen können die Amts- und Funktionsbezeichnungen dieses Gesetzes in grammatisch femininer Form führen. Dies gilt entsprechend für die Verleihung von Hochschulgraden, akademischen Bezeichnungen und Titeln.

- § 21 Einsichtnahme in die Prüfungsakten
- § 22 Inkrafttreten

§ 1

Zweck der Prüfung

Das Magister-Aufbaustudium wird mit der Magisterprüfung abgeschlossen. In ihr soll der Bewerber nachweisen, daß er die Grundzüge des deutschen Rechts beherrscht und daß er auf einem von ihm gewählten Rechtsgebiet selbständig wissenschaftlich zu arbeiten imstande ist.

§ 2

Magistergrad

Die Juristenfakultät verleiht den akademischen Grad Legum Magister Lipsiensis (abgekürzt: LL.M. Lips.) aufgrund der bestandenen Magisterprüfung.

§ 3

Zugangsvoraussetzungen

(1) Zum Aufbaustudiengang Legum Magister wird zugelassen, wer

1. an einer Hochschule außerhalb der Bundesrepublik Deutschland ein rechtswissenschaftliches Studium absolviert und dort eine der Ersten Juristischen Staatsprüfung gleichwertige Abschlußprüfung erfolgreich abgelegt hat. Der erfolgreiche Abschluß eines deutschen rechtswissenschaftlichen Studiums berechtigt nicht zum Studium im Aufbaustudiengang Legum Magister.
2. über gute Kenntnisse der deutschen Sprache verfügt, die in der Regel durch eine an einer deutschen Hochschule abgelegte Feststellungsprüfung nachgewiesen werden und
3. den Nachweis des Betreuers (vgl. Abs. 2) vorlegt.

(2) Der Bewerber muß für die Feststellung der Zugangsvoraussetzungen die Erklärung eines Universitätsprofessors oder habilitierten wissenschaftlichen Mitarbeiters dem Prüfungsausschuß vorlegen, daß er den Bewerber während des Studiengangs und bei der Erstellung der Magisterarbeit betreut und seine schriftliche Arbeit bewerten wird (Betreuer). Ein Wechsel des Betreuers ist nur in

Ausnahmefällen möglich. Ob ein solcher Fall vorliegt, entscheidet der Prüfungsausschuß unter Bestellung eines anderen Betreuers aus der Fakultät. Ein Wechsel des Betreuers ist unbeschadet der Fälle höherer Gewalt nur einmal möglich.

- (3) Die Feststellung, ob die Zugangsvoraussetzungen erfüllt sind, trifft der Dekan der Juristenfakultät im Einvernehmen mit dem Prüfungsausschuß. Das Ergebnis der Feststellung der Zugangsvoraussetzungen ist dem Bewerber schriftlich mitzuteilen.

§ 4

Ordnungsgemäßes Studium, Regelstudienzeit, Dauer des Studiums

- (1) Der Bewerber hat mindestens zwei Semester ordnungsgemäß zu studieren, d.h. er hat Lehrveranstaltungen im Umfang von mindestens 13 SWS insgesamt zu besuchen.
- (2) Die Regelstudienzeit beträgt 3 Semester. Im dritten Semester findet das Prüfungsverfahren statt.
- (3) Auf begründeten Antrag kann die Studienzeit verlängert werden. Über den Antrag entscheidet der Prüfungsausschuß.

§ 5

Studieninhalt

- (1) Das Studium erstreckt sich auf folgende Lehrveranstaltungen:

Einführungsveranstaltung in einem Grundlagenfach von 2 SWS
(Rechtsphilosophie, Rechtstheorie, Rechtsgeschichte, Rechtsvergleichung)

Einführungsvorlesungen von je 3 - 6 SWS in einem der Fächer
Zivilrecht, Strafrecht oder Öffentliches Recht

Übung für Anfänger im Zivilrecht, Strafrecht oder Öffentliches Recht, 2 SWS

Seminar nach Wahl, 2 SWS

Zwei Vertiefungsveranstaltungen oder Wahlpflichtveranstaltungen von je 2 - 4 SWS, wie sie der Studienablaufplan für das Studium zur Ersten Juristischen Staatsprüfung für die dortigen Wahlfächer ausweist.

- (2) Den genauen Ablauf des Studiums setzt der Studierende in Absprache mit seinem Betreuer fest.

§ 6

Leistungsnachweise

- (1) Während des Studiums sind folgende Leistungen zu erbringen:
1. Die erfolgreiche Teilnahme an einer Übung für Anfänger im Bürgerlichen Recht, im Strafrecht oder im Öffentlichen Recht,
 2. die erfolgreiche Teilnahme an einem Seminar, bei dem die schriftliche Seminararbeit mindestens mit der Note "ausreichend" bewertet wurde und
 3. je ein Gespräch von mindestens 15 Minuten, höchstens 30 Minuten Dauer, über den Stoff zweier weiterer Lehrveranstaltungen mit dem jeweiligen Veranstalter, das mindestens mit der Note "ausreichend" bewertet wurde.
- (2) Die Teilnahme an der Übung und dem Seminar gemäß Abs. 1 Ziff. 1 und 2 richtet sich nach der Übungs- und Seminarordnung zum Studiengang Rechtswissenschaft der Juristenfakultät der Universität Leipzig vom 30.12.1996.
- (3) Die Bewertung der Gespräche gemäß Abs. 1 Ziff. 3 richtet sich nach der Verordnung über eine Noten- und Punkteskala für die Erste und Zweite Juristische Prüfung vom 03.12.1981 des Bundesministers der Justiz.
- (4) Die schriftliche Seminararbeit (Abs. 1 Ziff. 2) kann durch eine entsprechend bewertete Hausarbeit in einem Grundlagenfach (Rechtsphilosophie, Rechtstheorie, Rechtsgeschichte, Rechtsvergleichung) ersetzt werden.
- (5) Ist der Leiter einer der Lehrveranstaltungen nach Abs. 1 Ziff. 1 bis 3 kein Universitätsprofessor, so ist ein solcher als Gutachter zu beteiligen.

§ 7

Prüfungsleistungen der Magisterprüfung

Die Magisterprüfung besteht aus der Magisterarbeit und der mündlichen Prüfung.

§ 8

Prüfungsausschuß

- (1) Der Prüfungsausschuß besteht aus drei Hochschullehrern der Juristenfakultät, die möglichst je eines der drei Hauptgebiete (Bürgerliches Recht, Strafrecht oder Öffentliches Recht) vertreten sowie einem wissenschaftlichen Mitarbeiter. Der Vorsitzende ist der Dekan oder ein von ihm beauftragtes Mitglied des Prüfungsausschusses. Der Prüfungsausschuß wird vom Fakultätsrat für die Dauer von vier Jahren bestellt. Die Wiederwahl ist möglich.
- (2) Der Vorsitzende des Prüfungsausschusses ist zuständig für die Organisation der Prüfungen und für die ihm durch diese Prüfungsordnung oder den Dekan zugewiesenen Aufgaben.
- (3) Die Mitglieder des Prüfungsausschusses sowie die Prüfer und Beisitzer unterliegen der Amtsverschwiegenheit. Sofern sie nicht im öffentlichen Dienst stehen, sind sie vom Vorsitzenden des Prüfungsausschusses zur Verschwiegenheit zu verpflichten.
- (4) Nach Annahme der Arbeit setzt der Vorsitzende des Prüfungsausschusses den Termin für die alle Teile umfassende mündliche Prüfung fest und bestimmt die Prüfungskommission, die aus drei Prüfern, darunter der Betreuer, besteht. Den Vorsitz führt der Vorsitzende des Prüfungsausschusses oder ein von ihm beauftragter Prüfer. Einer der Prüfer muß Universitätsprofessor sein.

§ 9

Zulassung zur Prüfung

- (1) Die Zulassung zur Magisterprüfung erfolgt auf schriftlichen Antrag zum Ende des zweiten Semesters, frühestens jedoch, wenn alle Leistungsnachweise gemäß § 6 erbracht sind.
- (2) Dem Antrag auf Zulassung sind beizufügen:
 1. die Nachweise über ein ordnungsgemäßes Studium gemäß § 4,
 2. die Leistungsnachweise gemäß § 6 Abs. 1 Ziff. 1 - 3 im Original oder in beglaubigter Kopie,
 3. eine Erklärung darüber, ob der Bewerber bereits eine Prüfung in demselben Studiengang an einer anderen Hochschule nicht oder endgültig nicht bestanden hat.
- (3) Über den Antrag entscheidet der Vorsitzende des Prüfungsausschusses. Die Entscheidung ist dem Bewerber spätestens vier Wochen nach Antragstellung mitzuteilen.

§ 10

Anrechnung vom Studienzeiten, Studienleistungen und Prüfungsleistungen

Werden Studienzeiten, Studienleistungen sowie Prüfungsleistungen, die an einer anderen Universität im Geltungsbereich des Grundgesetzes in einem vergleichbaren Studiengang erworben wurden, nachgewiesen, können diese als Studienzeiten, Studienleistungen oder Prüfungsleistungen des Aufbaustudiengangs zum Legum Magister in Leipzig angerechnet werden. Über die Vergleichbarkeit der Studiengänge und die Anrechnung der Studienzeiten, Studienleistungen und Prüfungsleistungen entscheidet der Prüfungsausschuß.

§ 11

Erlöschen des Prüfungsanspruchs

Der Prüfungsanspruch besteht für zwei Semester nach erfolgreicher Teilnahme an den in § 6 Abs. 1 Ziff. 1 - 3 genannten Veranstaltungen. Ist eine Verlängerung gewährt worden, so erlischt der Prüfungsanspruch mit Ablauf der Verlängerung.

§ 12

Magisterarbeit

- (1) Der Bewerber hat eine Magisterarbeit anzufertigen, deren Thema er im Einvernehmen mit dem Betreuer wählt. Die Bearbeitungszeit beträgt drei Monate. Das Thema kann erst nach der Zulassung des Bewerbers zur Magisterprüfung gestellt werden. Das Thema und den Ausgabezeitpunkt hat der Betreuer dem Vorsitzenden des Prüfungsausschusses schriftlich mitzuteilen.
- (2) Im Einzelfall kann auf begründeten Antrag des Bewerbers der Vorsitzende des Prüfungsausschusses im Einvernehmen mit dem Betreuer die Bearbeitungszeit um bis zu drei Monate verlängern.
- (3) Der Bewerber soll in der Magisterarbeit nachweisen, daß er selbständig wissenschaftlich arbeiten und die Ergebnisse sachgerecht darstellen kann.
- (4) Die Magisterarbeit ist grundsätzlich in deutscher Sprache abzufassen. Über einen begründeten Antrag, die Magisterarbeit in einer anderen Sprache abzufassen, entscheidet der Prüfungsausschuß.
- (5) Der Bewerber hat schriftlich, am Ende der Magisterarbeit zu erklären, daß
 1. er die eingereichte Magisterarbeit selbständig angefertigt und andere als die angegebenen Quellen und Hilfsmittel nicht benutzt hat;

2. die eingereichte Magisterarbeit nicht anderweitig als Prüfungsleistung verwendet worden ist;
 3. die eingereichte Magisterarbeit noch nicht in der deutschen oder in einer anderen Sprache als Veröffentlichung erschienen ist.
- (6) Die Magisterarbeit ist in dreifacher Ausfertigung fristgemäß beim Vorsitzenden des Prüfungsausschusses einzureichen; der Abgabezeitpunkt ist zu vermerken. Wird die Arbeit nicht fristgemäß eingereicht, gilt sie als mit "non sufficit" bewertet.

§ 13

Bewertung der Magisterarbeit

- (1) Die Magisterarbeit wird von dem Betreuer und einem zweiten Prüfer bewertet, den der Vorsitzende des Prüfungsausschusses aus dem Kreise der Universitätsprofessoren oder der habilitierten wissenschaftlichen Mitarbeiter der Fakultät bestellt. Die Bewertung durch den Betreuer sollte innerhalb eines Monats nach Abgabe der Magisterarbeit und die Bewertung durch den zweiten Prüfer innerhalb von zwei Monaten nach Abgabe der Magisterarbeit abgeschlossen sein.
- (2) Die Arbeit wird mit folgenden Noten bewertet:

summa cum laude	=	ausgezeichnet
magna cum laude	=	sehr gut
cum laude	=	gut
rite	=	ausreichend
non sufficit	=	nicht genügend
- (3) Bewerten beide Prüfer die schriftliche Arbeit mit "rite" oder besser, ist sie angenommen. Bewerten beide Prüfer mit "non sufficit" ist sie abgelehnt.
- (4) Hält ein Prüfer im Gegensatz zu dem anderen die schriftliche Arbeit für "non sufficit", so bestellt der Vorsitzende des Prüfungsausschusses einen dritten Prüfer. Die Prüfer entscheiden dann mit Mehrheit über die Annahme der schriftlichen Arbeit.
- (5) Bei Ablehnung der Magisterarbeit ist die Magisterprüfung nicht bestanden; der Dekan teilt dies dem Bewerber unter Angabe der Gründe mit einer Rechtsbehelfsbelehrung mit. Die abgelehnte Magisterarbeit verbleibt bei der Prüfungsakte.

§ 14 **Mündliche Prüfung**

- (1) Die Zulassung zur mündlichen Prüfung setzt voraus, daß die Magisterarbeit innerhalb der in § 12 bestimmten Frist abgegeben und mindestens mit der Note "rite" bewertet worden ist.
- (2) Prüfer können Universitätsprofessoren und wissenschaftliche Mitarbeiter der Fakultät sein, die die Zweite Juristische Staatsprüfung abgelegt und den juristischen Doktorgrad erworben haben.
- (3) Der Bewerber kann sich vor der mündlichen Prüfung über das Ergebnis der Bewertung der Magisterarbeit unterrichten lassen.
- (4) Die mündliche Prüfung erstreckt sich auf die Gebiete der Lehrveranstaltungen gemäß § 5 der Studienordnung. Es ist jeweils nur ein Kandidat in einem Termin zu prüfen. Die Prüfung dauert mindestens 40, höchstens 50 Minuten.
- (5) Über die Prüfung ist ein Protokoll anzufertigen.
- (6) Studenten des gleichen Studiengangs sollen als Zuhörer zugelassen werden, wenn der Bewerber nicht widerspricht. Die Zulassung als Zuhörer erstreckt sich nicht auf die Beratung und auf die Bekanntgabe des Prüfungsergebnisses eines Bewerbers.

§ 15 **Bewertung der mündlichen Prüfung**

Die mündliche Prüfungsleistung wird gemäß § 13 Abs. 2 bewertet. Die Note für die mündliche Prüfung ist von den drei Prüfern einstimmig festzulegen. Die Bewertung der mündlichen Prüfungsleistung wird dem Bewerber im Anschluß an die mündliche Prüfung mitgeteilt.

§ 16 **Bildung der Gesamtnote**

- (1) Im Anschluß an die mündlichen Prüfung beschließen die drei für die mündliche Prüfung bestimmten Prüfer unter Einbeziehung der Gutachten zur Magisterarbeit und des Ergebnisses der mündlichen Prüfung mehrheitlich über die Gesamtnote, die nach § 13 Abs. 2 festzusetzen ist. Die schriftliche Prüfungsleistung ist dabei mit zwei Dritteln und die mündliche Prüfung mit einem Drittel zu gewichten.

- (2) Die Magisterprüfung ist bestanden, wenn die Magisterarbeit und die mündliche Prüfung jeweils mindestens mit "rite" bewertet worden ist.
- (3) Nach der Beratung im Anschluß an die mündliche Prüfung eröffnet der Vorsitzende des Prüfungsausschusses oder der von ihm beauftragte Vorsitzende dem Bewerber das Ergebnis.
- (4) Ist die Prüfung nicht bestanden oder gilt sie als nicht bestanden, erteilt der Dekan dem Bewerber hierüber einen schriftlichen Bescheid. Der Bescheid gibt auch darüber Auskunft, ob und in welchem Umfang die Prüfung wiederholt werden kann. Der Bescheid soll eine Rechtsbehelfsbelehrung enthalten.

§ 17

Versäumnis, Rücktritt, Täuschung bei Prüfungsleistungen

- (1) Eine Prüfungsleistung gilt als mit "non sufficit" bewertet, wenn der Bewerber zu einem Prüfungstermin ohne triftigen Grund nicht erscheint oder wenn er nach Beginn der Prüfung ohne triftigen Grund von der Prüfung zurücktritt.
- (2) Die für den Rücktritt oder das Versäumnis geltend gemachten Gründe müssen dem Vorsitzenden des Prüfungsausschusses unverzüglich schriftlich angezeigt und glaubhaft gemacht werden. Bei Krankheit des Bewerbers kann die Vorlage eines ärztlichen Attests verlangt werden. Erkennt der Vorsitzende des Prüfungsausschusses die Gründe an, so wird dem Bewerber dieses schriftlich mitgeteilt und ein neuer Termin festgesetzt. Die bereits vorliegenden Prüfungsergebnisse sind in diesem Fall anzurechnen.
- (3) Versucht der Bewerber, das Ergebnis seiner Prüfungsleistung durch Täuschung zu beeinflussen, gilt die betreffende Prüfungsleistung als mit "non sufficit" bewertet.
- (4) Ein Bewerber, der den ordnungsgemäßen Ablauf der Prüfung stört, kann von dem jeweiligen Prüfer nach Abmahnung von der Fortsetzung der Prüfungsleistung ausgeschlossen werden; in diesem Fall gilt die betreffende Prüfungsleistung als mit "non sufficit" bewertet. Die Gründe für den Ausschluß sind aktenkundig zu machen. Wird der Bewerber von der weiteren Ablegung einer Prüfungsleistung ausgeschlossen, kann er verlangen, daß diese Entscheidung vom Dekan geprüft wird. Dies gilt entsprechend bei Feststellung eines Prüfers gemäß Satz 1.
- (5) Belastende Entscheidungen des Vorsitzenden des Prüfungsausschusses oder einer Prüfungskommission sind zu begründen und dem Bewerber unverzüglich persönlich zu eröffnen und alsdann schriftlich verbunden mit einer Rechtsmittelbelehrung mitzuteilen.

§ 18

Zeugnis

Auf Antrag wird neben der Urkunde, die das Gesamtergebnis ausweist, ein Zeugnis ausgestellt, das die Einzelnoten enthält. Das Zeugnis trägt das Datum des Tages, an dem die letzte Prüfungsleistung erbracht wurde. Es ist vom Vorsitzenden des Prüfungsausschusses zu unterzeichnen.

§ 19

Magisterurkunde

- (1) Nach bestandener Prüfung erhält der Kandidat eine Magisterurkunde. Die Urkunde weist das Gesamtergebnis aus und beurkundet die Verleihung des akademischen Grades Legum Magister Lipsiensis (abgekürzt: LL.M. Lips.). Der Dekan der Juristenfakultät und der Vorsitzende des Prüfungsausschusses unterzeichnen die Magisterurkunde. Sie trägt das Datum des Tages, an dem die letzte Prüfungsleistung erbracht wurde. Sie erhält das Siegel der Juristenfakultät.
- (2) Täuschte der Bewerber bei einer Prüfung und wird dies erst nach Aushändigung der Magisterurkunde bekannt, so kann der Vorsitzende des Prüfungsausschusses die Prüfung ganz oder teilweise für nicht bestanden erklären.
- (3) Waren die Voraussetzungen für die Zulassung zu einer Prüfung nicht erfüllt, ohne daß der Bewerber hierüber täuschen wollte, und wird diese Tatsache erst nach Aushändigung der Magisterurkunde bekannt, so wird dieser Mangel durch das Bestehen der Prüfung geheilt. Hat der Bewerber die Zulassung vorsätzlich zu Unrecht erwirkt, entscheidet der Dekan über die Gültigkeit der Prüfung.
- (4) Die unrichtige Magisterurkunde wird eingezogen. Eine Entscheidung nach Abs. 1 und Abs. 2 ist nach einer Frist von 5 Jahren ab dem Datum des Prüfungszeugnisses ausgeschlossen.

§ 20

Wiederholung der Magisterprüfung

- (1) Ist die Magisterarbeit abgelehnt worden, so kann in einem neuen Verfahren einmal eine andere Magisterarbeit (§ 12) vorgelegt werden. Der Antrag auf Wiederholung ist innerhalb von vier Wochen nach Bekanntgabe der Ablehnung der Magisterarbeit zu stellen. Für die Zulassung zur Wiederholung gilt § 9 Abs. 3 entsprechend. Für die Anfertigung der anderen Magisterarbeit gilt § 12 entsprechend. Das Thema der Magisterarbeit ist neu zu bestimmen, kann aber dem gleichen Rechtsgebiet entstammen.

- (2) Ist die mündliche Prüfung nicht bestanden, so kann sie einmal wiederholt werden. Der Antrag auf Wiederholung der mündlichen Prüfung ist innerhalb von sechs Monaten nach Beendigung der nicht bestandenen mündlichen Prüfung zu stellen.

§ 21

Einsichtnahme in die Prüfungsakten

Nach Abschluß des Prüfungsverfahrens kann der Bewerber die Prüfungsakten einsehen. Der Antrag ist binnen eines Monats nach Abschluß des Verfahrens beim Vorsitzenden des Prüfungsausschusses zu stellen.

§ 22
Inkrafttreten

- (1) Diese Ordnung wurde am 29.10.1997 vom Fakultätsrat der Juristenfakultät der Universität Leipzig beschlossen, ausgefertigt auf Beschluß des Senats vom 12.03.1996 und durch das Sächsische Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst am 02.03.1998 genehmigt.
- (2) Diese Ordnung wird in den Amtlichen Bekanntmachungen der Universität Leipzig veröffentlicht. Sie tritt am Tage nach ihrer Veröffentlichung in Kraft.

Leipzig, den 23.03.1998

Prof. Dr. med. V. Bigl
Rektor